

Auszug aus dem Tagesprotokoll - Mittwoch, 23. September 2015
Vortrag Prof. Dr. Gustav Horn

Prof. Dr. Gustav Horn

Liebe Kolleginnen und Kollegen! So anstrengend war es nun auch wieder nicht; denn mein Zug hatte nur elf Minuten Verspätung. Ich glaube, das ist heutzutage durchaus erträglich.

Ich freue mich, hier zu sein, und ich betrachte es auch als eine große Ehre, vor diesem Kongress reden zu können. Es tut mir leid, dass ich eure Antragsberatung unterbreche. Aber ihr habt es so gewollt.

Das gibt mir auch Gelegenheit, etwas zu dem Verständnis von Gewerkschaften in der Wirtschaftspolitik zu sagen, die wir als Wissenschaftler ja auch immer etwas von der Seitenlinie her analysieren.

Da möchte ich vorweg schicken, dass ich die wirtschaftspolitischen Aufgaben von ver.di als eine ganz große und wichtige Herausforderung empfinde. Denn gerade der Dienstleistungsbereich in Deutschland ist ein Bereich, in dem Sozialpartnerschaft, die vielleicht in Industriebereichen sehr stark verankert ist, doch teilweise ein Fremdwort ist. Der Dialog auf Augenhöhe muss in diesem Bereich erkämpft werden, und zwar an vielen Fronten, in vielen einzelnen Gebieten. Und ich weiß diese Anstrengungen und diese Mühen, die das auch dieser Gewerkschaft bereitet, sehr wohl zu schätzen. Aber es ist nicht nur die Interessenvertretung vor Ort, im Betrieb, im Unternehmen oder für die ganze Branche, die die Gewerkschaft ver.di oder die Gewerkschaftsbewegung in Deutschland eigentlich auszeichnet. Der Anspruch der Gewerkschaften in der Wirtschaftspolitik und überhaupt geht weiter. Und auch die Debatte eben hat ja gezeigt, dass ihr einen gesellschaftlichen und - das betrifft mein Gebiet - auch einen gesamtwirtschaftlichen Anspruch habt.

Das ist auch wichtig. Denn nur, wenn ihr wisst, wohin die Reise in dieser Gesellschaft, in dieser Wirtschaft insgesamt gehen soll, könnt ihr vor Ort auch Forderungen vertreten, die eine Orientierung haben, könnt ihr Forderungen erheben nach höheren Löhnen, dass dies nicht nur um das eigene Portmonee geht, das es zu füllen gilt, sondern dass es auch um den Wohlstand in der Gesamtwirtschaft geht, die dadurch stabiler wird und die dadurch schneller voranschreiten kann, als wenn dies nicht der Fall ist. Das ist eben der Unterschied zwischen dem politischen Bourgeois, der an das eigene Portmonee denkt, der Lobbyarbeit betreibt, und dem Citoyen, dem Bürger, dem es eben nicht egal ist, wie es auch dem anderen geht.

Wenn ich davon rede, wie es dem anderen geht, dann ist das gerade in diesen Tagen sicherlich von besonderer Brisanz. Wir sehen uns derzeit einer großen Herausforderung gegenüber, die wir alle nur bewältigen können, wenn wir nicht nur ans eigene Portmonee



Auszug aus dem Tagesprotokoll - Mittwoch, 23. September 2015
Vortrag Prof. Dr. Gustav Horn

denken. Ich rede von der Flüchtlingsproblematik. Das ist nicht nur eine Aufgabe einzelner Hilfsorganisationen, das ist hier eine Aufgabe, die sich diese Gesamtgesellschaft aufbürden muss, die sich auch nicht nur Deutschland aufbürden muss, sondern die sich ganz Europa aufbürden muss. Und das zeichnet eben eine Organisation mit gesamtgesellschaftlichem, gesamtwirtschaftlichem Anspruch aus, dass sie sich diesen Problemen insgesamt widmet. (Leichter Beifall)

Ich weiß, dass diese Sichtweise auch heute an vielen Ecken und Enden gefährdet ist. Aber eines sollte uns klar sein: dass die Flucht in den Nationalismus auch eine Flucht aus der Realität ist. (Leichter Beifall) Ich denke, dass wir diesen Anspruch auch gerade als Gewerkschaften sehr stark in diesen Tagen vertreten müssen - gegen mannigfaltige Anfechtungen und Gegnerschaft.

Mit diesem Anspruch geht man aber auch an die konkrete Wirtschaftspolitik heran, und es ist sicherlich eine der vornehmsten Aufgaben auch dieser Gewerkschaft, nach einer gerechten Gesellschaft in Freiheit zu streben. Dem dient nicht nur eine entsprechende Entlohnung. Das ist ein Kernbereich, aber der Anspruch geht weiter. Wenn wir auch dafür sorgen wollen, dass es in Zukunft Wohlstand, Arbeitsplätze, höhere Beschäftigung, qualitativ hochwertige Beschäftigung gibt, dann ist besonders die Frage nach Investitionen in dieser Gesellschaft von großem Belang.

Wir hören es ja an allen Ecken und Enden - ihr habt es auch schon diskutiert -, dass wir gerade in dieser Zeit einen hohen Investitionsstau in Deutschland, aber auch in Europa insgesamt haben. Das heißt im Klartext: Es sind die Unternehmen oder es ist auch der Staat derzeit nicht bereit, genügend Geld in die Hand zu nehmen, um unsere Zukunft, unsere wirtschaftliche Zukunft abzusichern. Das heißt, wir sind im Moment in einer Situation, wo es uns vielleicht relativ - im Vergleich zu anderen Ländern - gutgeht. Aber wir tun nichts oder viel zu wenig dafür, dass es uns auch weiterhin gutgehen wird. Und das ist nicht nur eine Frage der privaten Investitionen. Auch die sind schwach.

Wir erleben seit Jahren eine abnehmende Tendenz in der Hinsicht, dass Unternehmen, gemessen an ihrer Wirtschaftskraft, investieren, also Geld für zukünftige Produktionen bereitstellen. Das ist im Übrigen ein gebrochenes Versprechen. Haben wir nicht vor zehn, 15 Jahren immer wieder gehört, man muss nur die Märkte genügend deregulieren, man muss nur bei den Lohnabschlüssen genügend maßvoll sein, man muss nur die Finanzmarktausbreitung fördern, dann steigt die Rentabilität der Unternehmen, und wir werden eine Woge von Investitionen erleben? - Irrtum. Diese Investitionen sind nie gekommen. Das Gegenteil ist eingetreten, weil genau dieses Umfeld schwacher Löhne mit schwacher Nachfrage,

Auszug aus dem Tagesprotokoll - Mittwoch, 23. September 2015
Vortrag Prof. Dr. Gustav Horn

unsicheren Marktgegebenheiten am Ende des Tages Unternehmen auch von Investitionen abhalten, weil sie um deren Rentabilität fürchten. Im Ergebnis zeigt sich dies in einer abnehmenden Investitionsbereitschaft auch bei den privaten Unternehmen.

Hinzu kommt noch, dass wir es bisher in Europa nicht geschafft haben, die Krise des Euro-Raums nachhaltig zu überwinden. Wir vernehmen zwar immer wieder Meldungen, dass man es jetzt wieder geschafft habe und dass es hier und dort auch wieder Wachstum gebe, aber verglichen mit dem, was vorher an Einbrüchen, an Not und Elend geschehen ist, sind wir noch lange nicht über den Berg. Wir sind auch so lange nicht über den Berg, wie wir in Europa immer wieder darüber diskutieren, dass dieses oder jenes Land den Euro-Raum zu verlassen und dieses oder jenes Land eine Politik zu betreiben habe, die tatsächlich am Ende des Tages zu weniger wirtschaftlichem Wachstum führt anstatt zu mehr.

Diese Unsicherheit muss möglichst schnell beseitigt werden, indem es ein Bekenntnis dazu gibt, dass diejenigen Länder, die im Euro sind, auch darin bleiben dürfen, und dass es darum geht, diese Länder möglichst gut zu integrieren und ihnen auch zu helfen, und zwar unter Bedingungen, die sie auch akzeptieren können. (Beifall)

Das ist nicht Wohltätigkeit, das ist ein Investitionsförderungsprogramm. Denn damit wird die Unsicherheit in Europa vermindert. Und ich bin sicher, dass eine Menge Privatunternehmen dann ihre Investitionen auch erhöhen werden.

Wenn ich von einer Schwäche der privaten Investitionen rede, dann muss ich mit der gehörigen Abstufung von einer Krise der öffentlichen Investitionen reden. Wir leben bei den öffentlichen Investitionen, wenn man dann bedenkt, dass ja auch der öffentliche Kapitalstock verschleißt, und wenn man das dann dagegen rechnet bei dem, was investiert wird, seit über zehn Jahren auf Verschleiß im öffentlichen Kapital. Das ist nicht bei allen Gebietskörperschaften gleich, sondern im Wesentlichen ist es auch eine Frage der kommunalen Investitionen, die aber auch die bedeutendsten Investitionen sind. Seit über zehn Jahren lebt der kommunale Kapitalstock auf Verschleiß. Wir verschleißen unsere Infrastruktur. Das ist nicht nur wichtig im Hinblick auf die öffentliche Daseinsvorsorge, die damit in extremer Weise belastet wird, das ist auch wichtig im Hinblick auf Privatinvestitionen. Denn welcher Privatunternehmer investiert in eine zerfallende Infrastruktur, setzt seinen Betrieb dahin, wo die Transportmöglichkeiten nicht mehr gut sind, wo das Internet nicht gut funktioniert und wo tatsächlich die Unsicherheit der Produktion relativ hoch ist? Und das ist ein Problem, bei dem wir die Zukunft unserer Volkswirtschaft und den Wohlstand in unserer künftigen Volkswirtschaft in extremer Weise gefährden.



Auszug aus dem Tagesprotokoll - Mittwoch, 23. September 2015
Vortrag Prof. Dr. Gustav Horn

Nun haben wir diese Klage schon öfter gehört, und die ist nicht besonders originell. Aber man muss dann auch klar darauf hinweisen, warum es diese Krise der öffentlichen Investitionen gibt. Es ist ja nicht so, als ob die Politik diese haben will. Sie werden sicherlich hinreichend Politiker finden, die das genauso beklagen wie ich. Nur, dann muss man sagen: Ihr habt es vielleicht nicht explizit so gewollt, aber ihr habt alle Beschlüsse gefasst, dass es so kommt. (Leichter Beifall)

Einer der entscheidenden Beschlüsse war die Schuldenbremse. (Leichter Beifall) Damit haben wir sozusagen in die Verfassung geschrieben, dass der Staat seine stabilisierende Funktion bei Investitionsschwäche faktisch aufgibt. Diese Schuldenbremse zwingt förmlich den Staat dazu, enthaltsam zu sein bei Investitionen, sprich: enthaltsam zu sein bei der Sicherung der wirtschaftlichen Zukunft. Das merken auch immer mehr Politikerinnen und Politiker. Aber sie sagen es nicht, weil sie Angst davor haben, als Schuldenmacher bezeichnet zu werden und damit natürlich auch ihre Wahlchancen zu vermindern.

Gleichzeitig werden Umwegfinanzierungen komplizierterer Art aufgebaut, bei denen versucht wird, über Auslagerungen von Teilen des Haushalts tatsächlich doch wieder zu Investitionen zu kommen, oder aber durch die Beteiligung von privaten Mehrinvestitionen auszulösen.

Das alles ist aus ökonomischer Sicht furchtbar ineffizient und teuer, insbesondere dann, wenn man den privaten Investoren auch noch höhere Renditen verspricht, die ja von irgendwem bezahlt werden müssen. Das sind im Zweifel die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler und damit auch ihr. Damit wird das Ganze völlig sinnlos und die Schuldenbremse verhindert unsere wirtschaftliche Entwicklung. (Beifall)

Nun gäbe es ja einen Ausweg. Der Ausweg wäre, dass man höhere Steuern und damit mehr Einnahmen hat, die man dann für Investitionen nutzen könnte. Ihr kennt natürlich alle die Steuerdebatten, die wir in den letzten Jahren geführt haben, mit welcher Tendenz sie geführt wurden und dass selbst jene Parteien, die für höhere Steuern eingetreten sind, sich nunmehr zum Teil davon distanzieren und sagen: Das war im Wahlkampf ein Rohrkrepierer.

Ich glaube das im Übrigen nicht. Ich kenne keine Umfragen, die Mehrheiten dagegen ergeben hätten. Das wird im Nachhinein als so eine Geschichte erzählt.

Gleichzeitig führen wir auch noch Debatten über die kalte Progression, die angeblich unsere Einkommen so stark schmälert. Darauf hat im Übrigen Finanzminister Schäuble die rich-

Auszug aus dem Tagesprotokoll - Mittwoch, 23. September 2015
Vortrag Prof. Dr. Gustav Horn

tige Antwort gefunden. Er hat gesagt, für die nächsten zwei Jahre ersetzt er den Bürgerinnen und Bürgern die kalte Progression. Ihr werdet jetzt also in den nächsten Jahren in eurem Portemonnaie feststellen können, wie viel euch die kalte Progression weggenommen hat. Es dürfte für einen Kaffee reichen.

Die kalte Progression ist ein Phänomen, das vor allen Dingen dann auftritt, wenn wir hohe Inflationsraten haben und dadurch sehr viel Einkommen in höhere Steuerklassen kommt, das dann einfach wegbesteuert wird, ohne dass die Kaufkraft höher ist. Das ist aber nun gerade nicht unsere Situation. Im Gegenteil, unsere Inflationsraten sind sehr niedrig.

Nein, so geht es nicht. Man kann natürlich mit einigem Recht sagen: Gut verdienende Arbeitnehmer zahlen heute sehr hohe Steuern und es gibt gute Gründe dafür, den Steuertarif als ungerecht zu empfinden. Dann muss man das bitte auch grundsätzlich angehen und darüber auch offen und ehrlich diskutieren. An diese Debatte ist auch ein Preisschild geheftet. Wir reden da über einen zweistelligen Milliardenbetrag. Wenn wir dort Steuersenkungen vornehmen, steht noch weniger Geld für Investitionen zur Verfügung.

Nein, wenn man den Weg über höhere Steuern gehen will, dann muss man an andere Steuern denken. Ich bin der Meinung, dass die Einkommen eher steuerlich entlastet werden sollen, zumindest die unteren und mittleren Einkommen, (Beifall) und dass andere Dinge stärker besteuert werden sollen, und zwar zum einen die hohen Einkommen. Aber da darf man sich keinen Illusionen hingeben. Das wird den Rest nicht ausgleichen. Aber warum besteuern wir nicht Dinge, die wir ohnehin etwas eindämmen wollen, weil sie sich als wirtschaftlich schädlich erwiesen haben, zum Beispiel schnelle Finanzmarkttransaktionen? (Beifall)

Wir könnten ein sehr hohes Aufkommen aus der Besteuerung dieser Transaktionen erzielen, insbesondere dann, wenn wir es im europäischen Maßstab und umfassend machen. Gleichzeitig würden wir dadurch die Finanzmärkte stabiler machen, weil bestimmte Arten von Transaktionen einfach unterbleiben. Das wäre ein Weg.

Ein weiterer Weg wäre die höhere Besteuerung von Erbschaften und Vermögen. Ich rede jetzt nicht über Omas Häuschen; das sollte klar sein. Aber Freibeträge von 500.000 Euro und mehr - darunter zahlt man keinen Cent Erbschaftsteuer - sind einfach so hoch, dass wir eine Vermögenskonzentration haben, die mittlerweile schon skandalös ist. (Beifall)

Auch hier geht es nicht nur um Gerechtigkeit. Es geht auch um die wirtschaftliche Entwicklung. Wir wissen, dass Volkswirtschaften, die sehr ungleich sind, schwächer wachsen und



Auszug aus dem Tagesprotokoll - Mittwoch, 23. September 2015
Vortrag Prof. Dr. Gustav Horn

instabiler sind als Volkswirtschaften, in denen wir eine gerechtere Verteilung haben, in denen Einkommen und Vermögen gleicher verteilt sind. Das zeigen Studien über eine Vielzahl von Ländern und Fällen. Diese Studien sagen uns: Wir sollten fair umverteilen, wir sollten bei Vermögen von oben nach unten umverteilen. Damit würden wir nicht nur mehr Gerechtigkeit schaffen, sondern auch unsere Wirtschaft dynamischer machen.

Das sagen Organisationen wie die OECD, die sicherlich unverdächtig ist, eine sehr linke Politik zu betreiben oder immer wieder für eine starke Umverteilung einzutreten.

Hier könnten wir eine Menge tun, wenn wir es denn wollten. Dann hätten wir mehr Finanzaufkommen, um tatsächlich Investitionen zu finanzieren, die uns auch wirtschaftlich wieder weiterbringen können. Wir hätten mit dieser Umverteilung auch eine höhere soziale Mobilität, weil wir mit diesen Investitionen gerade auch ins Bildungssystem mehr Menschen Chancen geben würden, sich auch wirtschaftlich zu entfalten.

Ich denke, dass dies eine der Aufgaben der Wirtschaftspolitik sein wird, die wir in den nächsten Jahren massiv angehen werden. Das ist eine Debatte, die nicht nur im politischen Bereich geführt wird, sondern es ist eine Debatte, die gerade aus der Wissenschaft, aus meinem Fach, kommt. Es zeigt sich eben in fast globalem Maßstab, dass das Maß der Ungleichheit so groß geworden ist, dass man es nicht mehr übersehen kann. (Beifall)

Da kommt auch ihr wieder ins Spiel, denn viele Untersuchungen zeigen, dass Gewerkschaften mit ihren Lohnverhandlungen eine ganz entscheidende Rolle dabei spielen, wie stark sich die Ungleichheit in einer Volkswirtschaft ausbreitet. Dort, wo es starke Gewerkschaften gibt, ist die Ungleichheit geringer als dort, wo es schwache Gewerkschaften gibt.

Das heißt, der Kampf gegen die Ungleichheit beginnt mit höheren Löhnen. Dieser Kampf muss sicherlich geführt werden. Das ist gerade im Dienstleistungsbereich in Deutschland wichtig, wo dieses Problem besonders drängend ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich will zum Schluss noch ein Problem ansprechen, das mir im Moment besondere Sorgen macht. Es ist nicht nur wirtschaftspolitischer Natur. Die Voraussetzung dafür, dass wir alle diese Dinge auch wirtschaftspolitisch realistisch diskutieren können, mit einer Chance auf Änderung, ist, dass wir die Möglichkeit demokratischer Partizipation in weiten Bereichen unserer Gesellschaft haben. Ich sehe dies von zwei Seiten her als gefährdet an: von außen und von innen.

Auszug aus dem Tagesprotokoll - Mittwoch, 23. September 2015
Vortrag Prof. Dr. Gustav Horn

Von außen sehe ich Bestrebungen, viele Entscheidungskompetenzen an scheinbar technokratische Agenturen zu verlagern, die ausschließlich darauf ausgerichtet sind, unternehmerischen Entscheidungen eine höhere Priorität zuzuweisen als politischen Entscheidungen. (Beifall) Im Klartext: Ich rede zum Beispiel über die Schiedsstellen bei TTIP. Hier ist der Versuch gemacht worden, in einer eklatanten Weise den Begriff des Freihandels so auszuweiten, dass er sich gegen demokratische Entscheidungen wendet.

Was wir hier erlebt haben, ist der Versuch, dem Freihandel eine ganz andere Bedeutung zu geben. Ich lehre in meinen Vorlesungen, dass Freihandel der undiskriminierte Zugang zu einem Markt ist, aber bei einer Gesetzgebung, bei einer Regulierung, die auf diesem Markt entschieden wird. Das heißt, wenn wir uns einen Markt gegeben haben, dürfen wir nicht diskriminieren zwischen ausländischen und inländischen Anbietern. Das ist ein Begriff von Freihandel, der eigentlich allgemein akzeptiert wird.

Das ist uminterpretiert worden und wird immer wieder uminterpretiert. Plötzlich werden politische Entscheidungen nicht mehr als gegeben angenommen, sondern als Handelshemmnis definiert, das es auszuräumen oder zumindest finanziell zu kompensieren gilt. Genau das ist die Logik von TTIP. Im Prinzip kann jede politische Entscheidung als Handelshemmnis interpretiert werden, für das ausländische Anbieter zu kompensieren sind, sei es, indem man dieses Handelshemmnis abschafft, sei es, indem man finanzielle Zahlungen leistet. Das ist undemokratisch. (Beifall)

Deshalb ist es wichtig, dass gegen solche Praktiken Widerstand geleistet wird, dass sie verhindert werden.

Es ist nicht nur eine Umformung, die uns weiterhelfen wird, indem man das als Handelsgesichtshof definiert und mit öffentlich bestellten Richtern besetzt. Das lehnen die Amerikaner übrigens mit der Begründung ab, das sei ein Eingriff in ihre Souveränität. (Heiterkeit) - Ja, aber Private sind ein noch größerer Eingriff in ihre Souveränität. Ich möchte mal wissen, was die Kolleginnen und Kollegen in Amerika sagen, wenn Siemens gegen eine Erhöhung des amerikanischen Mindestlohns klagt. Da käme Freude auf, und deshalb kann es die Zivilgesellschaft weder in Europa noch in Amerika akzeptieren, dass es zu derartigen Auslagerungen demokratischer Entscheidungen an nicht legitimierte Agenturen kommt. (Beifall)

Aber die Demokratie ist auch von innen gefährdet. Wir erleben eine Aufsplitterung des Parteiensystems gerade am rechten Rand, die mir Sorgen macht. Von Alfa über AfD und Pegida bis hin zur NPD hören wir immer wieder, dass Bürgerinnen und Bürger in dieser Gesellschaft fundamental unzufrieden sind mit der wirtschaftlichen Entwicklung. Sie fühlen



Auszug aus dem Tagesprotokoll - Mittwoch, 23. September 2015
Vortrag Prof. Dr. Gustav Horn

sich ausgegrenzt, sie fühlen sich vernachlässigt. Und diese Parteien versprechen, über eine verstärkte nationale bis nationalistische Politik Abhilfe zu schaffen.

Im Kern versucht die politische Rechte derzeit, sich der sozialen Frage zu bemächtigen, und das halte ich für eine extreme Gefahr gerade für Gewerkschaften. (Beifall) Ich kann auch nur davor warnen, auf deren Rhetorik, die sicherlich sehr sozial gefärbt ist, hereinzufallen. So manchem gelingt dies nicht.

Deshalb ist es wichtig, gerade wenn man einen gesamtwirtschaftlichen Anspruch in der Wirtschaftspolitik hat, jede nationalistische Tönung zu vermeiden. Wir werden unsere wirtschaftspolitischen Probleme nur in einem europäischen Rahmen lösen. Wir werden Ungleichheit nur im europäischen Rahmen bekämpfen können. Wir werden auch höhere Steuern nur in einem europäischen Rahmen durchsetzen können, zum Beispiel bei der Finanzmarkttransaktionssteuer. Und wir brauchen Investitionen in einem europäischen Maßstab. Nationale Alleingänge helfen uns hier nicht weiter, und dies gilt bei TTIP erst recht. - Vielen Dank. (Lang anhaltender Beifall)